

Landratsamt Landkreis Leipzig | 04550 Borna

Internet: www.landkreisleipzig.de

-Zustellungsurkunde-

Plambeck ContraCon Bau und Umwelttechnik GmbH
z.Hd. des Geschäftsführers, Herrn Richter
Werkstr. 50
04564 Böhlen

Amt: Umweltamt / SG Immissionsschutz

Bearbeiter/in: Frau Cziomer

Tel. +49 (3437) 984 - 1976
Fax +49 (3437) 984 - 991976
E-Mail: Monika.Cziomer@lk-l.de

Dienstgebäude:
Grimma, Karl-Marx-Str. 22

Öffnungszeiten:
Di 08:30 – 12:00 Uhr u. 13:30 – 18:00 Uhr
Do 08:30 – 12:00 Uhr u. 13:30 – 16:00 Uhr
Fr 08:30 – 12:00 Uhr außer Sozialamt
zusätzlich Mo u. Mi 08:30 – 12:00 Uhr
Kfz-Zulassung und Führerscheinstelle

Zugestellt am 29. OKT. 2015

Ihr Zeichen	Mein Zeichen	Datum
	242-106.11/352/21/52	22.10.2015

Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) Genehmigung der wesentlichen Änderung gem. § 16 Abs. 2 BImSchG für die Anlage zur Lagerung und Behandlung von gefährlichen und nicht gefährlichen Abfällen in Neukieritzsch, Oststr. 9

Ihr Antrag vom 15.04.2015

Sehr geehrter Herr Richter,

auf Ihren Antrag vom 15.04.2015, für die Entscheidung vollständig am 19.08.2015 (PE der
Änderung Formulare Register 4), ergeht nach Prüfung der Sach- und Rechtslage folgender

Genehmigungsbescheid:

I. Verfügender Teil

1. Der Plambeck ContraCon Bau und Umwelttechnik GmbH wird auf ihren Antrag vom 15.04.2015 gemäß § 16 BImSchG in Verbindung mit § 8 BImSchG sowie § 1 Abs. 1 und Abs. 2 4. BImSchV, sowie Nummern 8.7.1.1, 8.11.1.1, 8.11.2.1, 8.11.2.3, 8.11.2.4, 8.12.1.1 und 8.12.2 des Anhangs 1 zur 4. BImSchV die

2. Teilgenehmigung

für die im Rahmen des o.g. Antrags vorgesehenen Maßnahmen zur Errichtung und zum Betrieb einer Anlage zur Herstellung von Ersatzbrennstoffen (EBS) im Bodenbehandlungszentrum Böhlen (BBZ), Oststr. 9, 04575 Neukieritzsch, OT Lippendorf, Gemarkungen Lippendorf, Flurstücke 1/62 und 1/81, erteilt. Die maßgeblichen Kapazitäten nach der Anlagenänderung betragen 249.750 t/a Gesamtdurchsatz, sowie 41.700 t Gesamtlagerkapazität.

2. Die wesentliche Änderung umfasst folgende Maßnahmen:
- Errichtung einer Leichtbauhalle am Standort des ehemaligen Zwischenlagers als Ersatzneubau für die 2014 abgebrannte Halle (genehmigt mit Bescheid zum

Tel. : +49 (3433) 241-0 oder +49 (3437) 984-0
Fax : +49 (3433) 241-1111
E-Mail : info@lk-l.de

Steuernummer: 235/149/03204
Betriebs-Nr.: 05403393
Gemeindekennziffer: 14729000

Bankverbindung: Sparkasse Leipzig

IBAN: DE40860555921100891095

BIC: WELADE8L

- vorzeitigen Beginn i.S. § 8a BImSchG vom 21.07.2015 (AZ: 242-106.11/352/21/45));
- Errichtung und Betrieb einer Anlage zur Herstellung von Ersatzbrennstoffen;
 - Errichtung und Betrieb zugehöriger Filteranlagen;
 - Errichtung und Betrieb eines In- und Outputlagers in der Halle.
3. Im Einzelnen ergeben sich Lage und Umfang der mit diesem Bescheid genehmigten Arbeiten und Einrichtungen aus den im Anhang (VII.) aufgeführten Antragsunterlagen. Die Antragsunterlagen sind Bestandteil dieses Genehmigungsbescheides.
4. Der Bescheid ist mit Nebenbestimmungen (NB) (II.) und Hinweisen (III.) versehen, diese sind Bestandteil des Bescheides. Die Nebenbestimmungen sind einzuhalten, die Hinweise sind zu beachten.
5. Gemäß § 13 BImSchG schließt diese Genehmigung andere, die Anlage betreffende, behördliche Entscheidungen ein, insbesondere die Baugenehmigung, die bereits im Rahmen der Zulassung des vorzeitigen Beginns mit Bescheid vom 21.07.2015 (AZ: 242-106.11/352/21/45) erteilt wurde.
Planfeststellungen, Zulassungen bergrechtlicher Betriebspläne, Zustimmungen und wasserrechtliche Erlaubnisse und Bewilligungen nach § 8 i.V.m. § 10 WHG, z.B. die Entnahme von Wasser oder die Einleitung von Abwässern, auch für den Fall einer Indirekteinleitergenehmigung, sind gesondert einzuholen.
7. Die Genehmigung ergeht unbeschadet der Rechte Dritter.
8. Die Genehmigung erlischt, wenn
- nicht innerhalb einer Frist von zwei Jahren nach Bekanntgabe des Bescheides mit dem Betrieb der wesentlich geänderten Anlage begonnen oder
 - die Anlage während eines Zeitraumes von mehr als drei Jahren nicht mehr betrieben worden ist.
9. Die Zulassung zum vorzeitigen Beginn gem. § 8a BImSchG mit Bescheid vom 21.07.2015 (AZ: 242-106.11/352/21/45) gilt fort, soweit in diesem Bescheid nichts Abweichendes geregelt wird.
10. Die Kosten des Verfahrens trägt die Antragstellerin.

II.

Nebenbestimmungen

1. Allgemeines

- 1.1 Die Festlegungen aus dem Bescheid zum vorzeitigen Beginn i.S. § 8a BImSchG vom 21.07.2015 (AZ: 242-106.11/352/21/45) bleiben bestehen, sofern hier nichts Anderes festgelegt wird.
- 1.2 Der Betreiber einer genehmigungsbedürftigen Anlage ist verpflichtet, Änderungen der Betriebsorganisation, insbesondere auch der natürlichen Person, die die Pflichten des Betreibers wahrnimmt, der Genehmigungsbehörde mitzuteilen.
- 1.3 Diese Genehmigung oder eine beglaubigte Abschrift ist zusammen mit dem Bescheid zur Zulassung des vorzeitigen Beginns vom 21.07.2015 (AZ: 242-

106.11/352/21/45) auf der Baustelle/Betriebsstätte bereitzuhalten und den Berechtigten auf Verlangen zur Einsicht vorzulegen.

- 1.4 Den zuständigen Genehmigungs- und Überwachungsbehörden Landratsamt des Landkreises Leipzig (LRA LKL) und Landesdirektion Sachsen (LDS), Abt. Arbeitsschutz, ist der Zeitpunkt der Inbetriebnahme der geänderten Anlage bis spätestens zwei Wochen vorher unaufgefordert schriftlich anzuzeigen.
- 1.5 Beabsichtigt der Betreiber, den Betrieb der Anlage einzustellen, so hat er dies unter Angabe des Zeitpunktes der Einstellung den zuständigen Behörden unverzüglich, jedoch spätestens einen Monat vor der beabsichtigten Betriebseinstellung, anzuzeigen.
Der Anzeige sind Unterlagen über die vom Betreiber vorgesehenen Maßnahmen zur Erfüllung der sich aus § 5 Abs. 3 BImSchG ergebenden Pflichten beizufügen.
- 1.6 Durch den Betreiber ist sicher zu stellen, dass nach der Betriebseinstellung
 - von der Anlage oder dem Anlagengrundstück keine schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden können,
 - vorhandene Abfälle ordnungsgemäß und schadlos verwertet oder ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit beseitigt werden und
 - die Wiederherstellung eines ordnungsgemäßen Zustandes des Anlagengrundstücks gewährleistet ist.
- 1.7 Die Anlage ist gemäß den geprüften und mit Prüfvermerk versehenen Antragsunterlagen und im Übrigen nach den anerkannten Regeln der Technik zu errichten, zu betreiben und instand zu halten. Sofern vom Antrag abweichende Auflagen gefordert werden, sind diese einzuhalten bzw. durchzuführen.
- 1.8 Betriebsstörungen, welche umweltrelevante Auswirkungen im Sinne des § 3 BImSchG haben können, sind schriftlich festzuhalten. Aus diesen Aufzeichnungen, die auf Verlangen der Überwachungsbehörde (Umweltamt (UWA) LRA LKL) vorzulegen sind, muss hervorgehen:
 - Art der Störung,
 - Zeitpunkt und Dauer der Störung,
 - Folgen der Störung nach innen und nach außen,
 - eingeleitete Maßnahmen im Zusammenhang mit dieser Betriebsstörung.
- 1.9 Die Genehmigung ergeht unter der Bedingung, dass vor Beginn der Realisierung der Änderung eine Sicherheitsleistung i.S. § 12 Abs. 1 i. V .m. § 17 Abs. 4a BImSchG beim LRA LKL (z.B. als Bankbürgschaft) zu hinterlegen ist. Die auf Basis des öffentlich-rechtlichen Vertrages (ÖRV) vom 22.07.2013 festgelegte und daraufhin beim LRA LKL hinterlegte Sicherheitsleistung in Höhe von 2.000.000,00 € als Bürgschaft der R+V Versicherung deckt auch die beantragte Lagermenge ab.

2. Immissionsschutz

Anlagenbetrieb

- 2.1 Die Betriebszeit der Anlage zur Herstellung von Ersatzbrennstoffen (Betriebseinheit BE 3), einschließlich Liefer- und Transportverkehr sowie Be- und Entladevorgänge, wird auf den Tagzeitraum (Montag - Freitag 06.00 - 22.00 Uhr, Samstag von 06.00-13.00 Uhr) festgelegt.

- 2.2 Die Lagerung der Abfälle darf nur innerhalb der Halle erfolgen. Die Lagermenge ist auf max. 5.000 t (Summe In- und Output) begrenzt. Die Lagermengen für gefährliche Abfälle, die störfallrelevant sind, dürfen für die gesamte Anlage antragsgemäß nicht überschritten werden.
- 2.3 Die Anlage zur Herstellung von Ersatzbrennstoffen wird auf eine Durchsatzleistung von max. 50.000 t/a begrenzt:
- 2.4 Beim An- und Abtransport und der Lagerung der Abfälle ist zu gewährleisten, dass staub- bzw. geruchsförmige Emissionen bzw. Verwehungen weitestgehend vermieden werden. Container sind ggf. durch Netze bzw. Planen abzudecken. Verschmutzungen der Fahrwege im Anlagenbereich sind durch regelmäßiges Säubern zu beseitigen.
- 2.5 Es sind vorbeugende Maßnahmen zur Minderung von Staubemissionen, wie ggf. eine
- geringe Abwurfhöhen bei Be- und Entladevorgängen,
 - regelmäßige Reinigung der betriebseigenen Transportfahrzeuge durch Reifenwäsche vorzusehen.

Abluftreinigung

- 2.6 Die in der Halle über Rohrleitungen erfasste und abgesaugte Luft ist in einer Entstaubungsanlage und nachgeschalteten Aktivkohlefilter zu reinigen und anschließend in einer Höhe von 12 m über OKT in die Atmosphäre abzuleiten (EQ 4).
- 2.7 Für die Kontroll-, Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten an der Abluftreinigungsanlage ist ein Verantwortlicher zu bestimmen. Alle Arbeiten an der Anlage sowie die Ergebnisse der Prüfung der Funktionsfähigkeit sind in einem Filterbuch zu dokumentieren. Das Filterbuch ist der zuständigen Überwachungsbehörde auf Verlangen vorzuzeigen.

Emissionsgrenzwerte und Messungen

- 2.8 Die Abluftreinigungsanlage in der BE 3 ist so zu betreiben, dass die Emissionen an Luftschadstoffen folgende Massenkonzentrationen im Abgas, bezogen auf das Volumen von Abgas im Normzustand (273,15 K und 101,3 kPa) nach Abzug des Feuchtegehaltes an Wasserdampf nicht überschritten werden dürfen:
- | | |
|--|------------------------|
| ◦ Gesamtstaub | 10 mg/m ³ |
| ◦ organische Stoffe, angegeben als Gesamtkohlenstoff | 20 mg/m ³ . |
- 2.9 Die Einhaltung der in NB 2.8 festgelegten Emissionsbegrenzungen ist durch eine nach § 29b BImSchG bekannt gegebene Stelle zur Ermittlung von Emissionen nachweisen zu lassen. Der Bekanntgabebereich der Stelle muss die zur Durchführung der Ermittlungen erforderlichen Bereiche enthalten. Nach Ablauf von jeweils drei Jahren sind die Ermittlungen wiederholen zu lassen.
- 2.10 Die mit den Ermittlungen beauftragte Stelle ist durch den Anlagenbetreiber zu verpflichten, mindestens 14 Tage vor Beginn der Messungen diese mit der zuständigen Überwachungsbehörde (SG Immissionsschutz beim UWA des LRA LKL, und dem Sächsischen Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) abzustimmen. Hierzu ist das Formblatt „Mitteilung über die Durchführung einer behördlich angeordneten Ermittlung nach §§ 26, 28, 29 BImSchG, - Luftverunreinigungen -“ in digitaler Form zuzusenden.

- 2.11 Die Messplanung und Messdurchführung für Gesamtstaub und Gesamtkohlenstoff sollen den Anforderungen der DIN EN 15259 entsprechen. Insbesondere ist ein geeigneter Messplatz mit Probenahmestelle einzurichten, der leicht begehbar und so beschaffen ist, dass eine für die Emissionen der Anlage repräsentative und messtechnisch einwandfreie Emissionsmessung ermöglicht wird.
- 2.12 Es sind mindestens drei Einzelmessungen bei ungestörter Betriebsweise mit höchster Emission durchzuführen. Die Dauer der Einzelmessung soll eine halbe Stunde betragen. Das Ergebnis jeder Einzelmessung ist als Halbstundenmittelwert zu ermitteln und anzugeben. Die Anforderungen gelten als eingehalten, wenn das Ergebnis jeder Einzelmessung zuzüglich der Messunsicherheit die in NB 2.8 festgelegten Emissionsbegrenzungen nicht überschreitet.
- 2.13 Die mit der Ermittlung beauftragte Stelle ist zu verpflichten, die Durchführung der Ermittlungen, die Betriebszustände der Anlage während der Ermittlung und die Ermittlungsergebnisse an Hand des Musterberichtes nach DIN EN 15259, Anhang F zu dokumentieren. Ein Exemplar des Messberichtes ist dem LRA LKL unverzüglich, spätestens vier Wochen nach Abschluss der Ermittlungen, vorzulegen.

3. Abfallrecht

Input

- 3.1 In der BE 3 des BBZ dürfen die in Tabelle 1 aufgeführten gefährlichen Abfälle [Kennzeichnung Sternchen (*)] und nicht gefährlichen Abfälle angenommen, zwischengelagert, aufbereitet (mechanisch) werden.

Tabelle 1: Eingänge der Abfälle (R-Inputkatalog)

Stoff - Nr.	ASN	Abfallarten gem. AVV (Einschränkungen)	BE 3
R 1	02 03 01	Schlämme aus Wasch-, Reinigungs-, Schäl-, Zentrifugier- und Abtrennprozessen	X
R 2	03 01 05	Sägemehl, Späne, Abschnitte, Holz, Spanplatten und Furniere mit Ausnahme derjenigen, die unter 030104 fallen	X
R 3	03 03 05	Deinking-Schlämme aus dem Papierrecycling	X
R 4	03 03 07	mechanisch abgetrennte Abfälle aus der Auflösung von Papier- und Pappabfällen	X
R 5	03 03 08	Abfälle aus dem Sortieren von Papier und Pappe für das Recycling	X
R 6	03 03 10	Faserabfälle, Faser-, Füller- und Überzugsschlämme aus der mechanischen Abtrennung	X
R 7	03 03 11	Schlämme aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 030310 fallen	X
R 8	04 01 06	Chromhaltige Schlämme, insbesondere aus der betrieblichen Abwasserbehandlung	X
R 9	06 05 03	Schlämme aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 060502 fallen	X
R 10	07 02 13	Kunststoffabfälle	X
R 11	08 01 12	Farb- und Lackabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 080111 fallen	X
R 12	08 01 13*	Farb- und Lackabfälle, die organische Lösemittel oder andere gefährliche Stoffe enthalten	X
R 13	08 01 14	Farb- und Lackabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 080113 fallen	
R 14	10 01 02	Filterstäube aus Kohlefeuerung	X

Stoff - Nr.	ASN	Abfallarten gem. AVV (Einschränkungen)	BE 3
R 15	10 01 03	Filterstäube aus Torffeuerung und Feuerung mit (unbehandeltem) Holz	X
R 16	10 01 05	Reaktionsabfälle auf Calciumbasis aus der Rauchgasentschwefelung in fester Form	X
R 17	10 01 17	Filterstäube aus der Abfallmitverbrennung mit Ausnahme derjenigen, die unter 100116 fallen	X
R 18	10 01 19	Abfälle aus der Abgasbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 100105, 100107 und 100118 fallen	X
R 19	10 09 09*	Filterstaub, der gefährliche Stoffe enthält	X
R 20	10 09 11*	Andere Teilchen, die gefährliche Stoffe enthalten	X
R 21	12 01 16*	Strahlmittelabfälle, die gefährliche Stoffe enthalten	X
R 22	15 01 06	Gemischte Verpackungen	X
R 23	15 01 10*	Verpackungen, die Rückstände gefährlicher Stoffe enthalten oder durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind (Ausschluss von Gefahrenrelevanz der Eigenschaften H 6 und H 1 nach AVV)	X
R 24	15 02 02*	Aufsaug- und Filtermaterial (einschließlich Ölfilter a.n.g.), Wischtücher und Schutzkleidung, die durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind (Ausschluss von Gefahrenrelevanz der Eigenschaften H 6 und H 1 nach AVV)	X
R 25	15 02 03	Aufsaug- und Filtermaterial, Wischtücher und Schutzkleidung mit Ausnahme derjenigen, die unter 150202 fallen	X
R 26	17 03 01*	kohlenteerhaltige Bitumengemische, hier teerhaltige Dachpappe	X
R 27	17 03 02	Bitumengemische mit Ausnahme derjenigen die unter 170301 fallen, hier bitumenhaltige Dachpappe	X
R 28	17 08 01*	Baustoffe auf Gipsbasis, die durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind	X
R 29	17 08 02	Baustoffe auf Gipsbasis mit Ausnahme derjenigen, die unter 170801 fallen	X
R 30	17 09 04	Gemischte Bau- und Abbruchabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 170901, 170902 und 170903 fallen	X
R 31	19 01 11*	Rost- und Kesselasche sowie Schlacken, die gefährliche Stoffe enthalten	X
R 32	19 01 13*	Filterstaub, der gefährliche Stoffe enthält	X
R 33	19 01 14	Filterstaub mit Ausnahme desjenigen, der unter 190113 fällt	X
R 34	19 01 15	Kesselstaub, der gefährliche Stoffe enthält	X
R 35	19 01 16	Kesselstaub mit Ausnahme desjenigen, der unter 190115 fällt	X
R 36	19 08 05	Schlämme aus der Behandlung von kommunalem Abwasser	X
R 37	19 08 12	Schlämme aus der biologischen Behandlung von industriellem Abwasser mit Ausnahme derjenigen, die unter 190811 fallen	X
R 38	19 08 14	Schlämme aus einer anderen Behandlung von industriellem Abwasser mit Ausnahme derjenigen, die unter 190813 fallen	X
R 39	19 10 04	Shredderleichtfraktionen und Staub mit Ausnahme derjenigen, die unter 191003 fallen	X
R 40	19 11 06	Schlämme aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung, mit Ausnahme derjenigen, die unter 191005 fallen	X
R 41	19 12 04	Kunststoff und Gummi	X
R 42	19 12 10	Brennbare Abfälle (Brennstoffe aus Abfällen)	X
R 43	19 12 12	Sonstige Abfälle (einschließlich Materialmischungen) aus der mechanischen Behandlung von Abfällen, mit Ausnahme derjenigen die unter 191211 fallen	X

Stoff - Nr.	ASN	Abfallarten gem. AVV (Einschränkungen)	BE 3
R 44	20 01 39	Kunststoffe	X

- 3.2 Die Annahmekontrolle der Abfälle hat sicherzustellen, dass nur zugelassene und geeignete Abfälle zugeführt werden. Diese Kontrolle ist mindestens nach folgenden Kriterien durchzuführen:
- Kontrolle zur Herkunft, Art, AVV-ASN und Menge der angelieferten Abfälle,
 - Kontrolle der Unterlagen aus der grenzüberschreitenden Abfallverbringung, u.a. Notifizierungsformulare, Transportpapiere,
 - Prüfung zur Materialbeschaffenheit und zur Gefahrenrelevanz der Inhaltsstoffe im Feststoff und Eluat nach H-Kriterien i.S. § 3 Abs. 2 AVV und weiterer Richtlinien (u.a. Hinweise zur AVV) anhand der von Abfallerzeuger/-lieferanten mitgelieferten Untersuchungsergebnisse und aus grenzüberschreitender Abfallverbringung (u.a. Deklarationsanalyse/ Erstanalyse),
 - Vorlage ggf. vom Abfallerzeuger/-lieferant bereitgestellten Analytik für bitumenhaltigen bzw. teerhaltiger Dachpappe für die Gehalte von Phenolindex und PAK,
 - Beurteilung der anzunehmenden Abfälle durch die Anlagenbetreiberin anhand der Deklarations-/ Identifikationsanalytik im Abgleich mit den übernehmenden energetischen/thermischen Anlagen,
 - Althölzer der ASN 030105 mittels Anlieferscheine nach § 11 Abs. 1 Satz 2 AltholzV unter Vorgabe der Altholzkategorien A I und A II ggf. durch andere im Geschäftsverkehr verwendete Praxisbelege mit den erforderlichen Deklarationsangaben nach AltholzV;
 - Kontrolle auf unzulässig enthaltene umweltgefährdende Abfallchargen (Siehe III. Hinweise unter Punkt 3).
- 3.3 Neben der Annahmekontrolle hat auch eine Abkippkontrolle der Abfälle zu erfolgen. Bei den abgekippten Abfällen ist eine organoleptische Prüfung (z. B. Geruch, Färbung oder Konsistenz) und visuelle Kontrolle durchzuführen, ob die angelieferten Abfälle mit den deklarierten Abfällen übereinstimmen. Besteht der Verdacht der Abweichungen von der grundlegenden Charakterisierung der Abfälle, ist durch den Anlagenbetreiber die Identifikationsanalyse durchführen.
- 3.4 Abfälle, bei denen bei der Annahme- und Abkippkontrolle festgestellt wird, dass sie nicht den vom Abfallerzeuger/-lieferanten deklarierten Kenndaten entsprechen, sind zurückzuweisen oder zugelassenen Entsorgern zuzuführen. Die Kontrollergebnisse sind zu dokumentieren und im Betriebstagebuch abzulegen.
- 3.5 Abfälle dürfen nur angenommen werden, wenn sie nicht den Überlassungspflichten nach KrWG an die Öffentlich rechtlichen Entsorger (ÖRE) unterliegen oder von den ÖRE oder deren Beauftragten angeliefert werden.
- 3.6 Vor der erstmaligen Annahme der Abfälle, ist von jedem Abfallerzeuger je Abfallart/ASN eine Abfalldeklaration und Abfallanalytik (Deklarationsanalyse/ Erstanalyse) im Feststoff und Eluat nach geltenden Beprobungs- und Analysenverfahren vorzulegen und zu bewerten. Die Feststellungen der Ergebnisse und dazugehörigen Kenndaten der Abfälle sind entsprechend im Betriebstagebuch zu dokumentieren.
- 3.7 Für die angelieferten Abfallchargen ist wiederholend die Abfallanalytik in Form der Identifikationsanalyse nach maximal 500 t für gefährliche Abfälle und für nicht

gefährliche Abfälle nach 1.000 t Anlieferungen je Abfallerzeuger und je Abfallart/ASN durchzuführen.

Die Probenahme der Abfälle sind aus dem Haufwerk durchzuführen. Die Mindestanzahl der Untersuchungsproben ist in Abhängigkeit vom Prüfvolumen der gelagerten Grundmenge je Abfallart/ASN in Anlehnung an die LAGA PN 98-Richtlinie in Tabelle 2 durchzuführen.

Die Vorgaben zur Beprobung sind analog NB 3.15 durchzuführen. Die Analysenergebnisse sind mit den Vorgaben der Verwerteranlagen (Kundenvorgaben) abzugleichen.

- 3.8 Die Daten über die rezeptgesteuerte Dosierung der Einsatzstoffe nach Art, ASN und Mengen für getrennte Stoffströme an gefährlichen und nicht gefährlichen Abfallfraktionen sind entsprechend der Verwerteranlagen (Kundenvorgaben) zu dokumentieren.

Output

- 3.9 Die in Tabelle 2 aufgeführten nicht gefährlichen und gefährlichen Abfälle sind als Ausgänge zugelassen.

Tabelle 2: Ausgänge der Abfälle (A- Outputkatalog) zur externen Entsorgung

Stoff -Nr.	ASN	Abfallarten- Einschränkungen	BE 3	Beantragte Entsorgungswege
Abfälle aus der mechanischen Behandlung				
A 1	19 12 02	Eisenmetalle	X	Scholz Recycling GmbH Espenhain
A 2	19 12 03	Nichteisenmetalle	X	Scholz Recycling GmbH Espenhain
A 3	19 12 04	Kunststoffe und Gummi	X	SITA GmbH, Lützen, OT Zorbau PD energy GmbH, Wolfen
A 4	19 12 10	Brennbare Abfälle (auch Brennstoffe aus Abfällen, EBS- Abfälle)	X	SITA GmbH, Lützen OT Zorbau PD energy GmbH, Wolfen
A 5	19 12 11*	Sonstige Abfälle, aus der mechanischen Behandlung von Abfällen, die gefährliche Stoffe enthalten (Brennstoffe aus Abfällen, EBS- Abfälle, brennbare Abfälle)	X	SITA GmbH, Lützen OT Zorbau
A 6	19 12 12	Sonstige Abfälle (einschließlich Materialmischungen) aus der mecha- nischen Behandlung von Abfällen, mit Ausnahme derjenigen die unter 191211 fallen (Brennstoffe aus Abfällen, EBS- Abfälle, brennbare Abfälle)	X	SITA GmbH, Lützen OT Zorbau PD energy GmbH, Wolfen
Abfälle aus Reparatur-, Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten				
A 7	13 01 10*	nichtchlorierte Hydrauliköle auf Mineralölbasis	X	über Werkstatt
A 8	13 02 05*	nichtchlorierte Maschinen-, Getriebe- und Schmieröle auf Mineralölbasis	X	über Werkstatt
A 9	13 02 06*	Synthetische Maschinen-, Getriebe- und Schmieröle	X	über Werkstatt
A 10	13 07 01*	Heizöl und Diesel	X	über Werkstatt

Stoff -Nr.	ASN	Abfallarten- Einschränkungen	BE 3	Beantragte Entsorgungswege
A 11	15 02 02*	verbrauchte Aufsaug- und Filtermaterialien (einschließlich ÖlfILTER a.n.g.), die durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind	X	über Werkstatt
A 12	19 01 10*	gebrauchter Aktivkohlefilter	X	über Werkstatt

- 3.10 Die Abgabe der hergestellten EBS- Abfälle in der Zuordnung zur AVV-ASN 19 12 04, ASN 19 12 10, ASN 19 12 11* und ASN 19 12 12 ist nur dann zulässig, wenn mittels repräsentativer Analyse je Abfallart/ASN die Annahmekriterien/ -grenzwerte im geltenden Bescheid der energetischen/ thermischen Anlagen eingehalten werden und keine Anhaltspunkte für überhöhte Gehalte an weiteren Schadstoffen bestehen.
- 3.11 Vor der Erstabgabe sind die Untersuchungen zur Brennstoffspezifikation der EBS je Abfallart/ASN im Gesamtanalysenumfang gemäß den Qualitätsanforderungen der Anlagen durchzuführen und zu protokollieren. Im Weiteren ist die Abfallanalytik der Parameterwerte aus einer repräsentativen Mischprobe bezogen auf die Menge hergestellte EBS-Abfälle je Abfallart/ASN nach den Vorgaben der Entsorger zu erstellen und zu bewerten.
Die Einhaltung der Anforderungen zur energetischen/thermischen Entsorgung ist durch Untersuchungsergebnisse nachzuweisen.

Probenahme und Analytik

- 3.12 Die Güteüberwachung beim Betrieb der Anlage gemäß NB 3.10 und NB 3.11 ist so zu organisieren, dass ständige Kontrollen im Rahmen der Eigen- und Fremdüberwachung für die hergestellten EBS-Abfälle je Abfallart/ASN gewährleistet sind.
- 3.13 Aus dem laufenden Output-Materialstrom über eine Abwurfteinrichtung sind arbeitstäglich Einzelproben (mindestens eine pro Tag) zu entnehmen und als Rückstellproben sicherzustellen.
Die täglichen Rückstellproben sind jeweils repräsentative Mischproben zu vereinen und nach maximal 1.000 t hergestellten EBS- Abfälle von einem akkreditierten Labor auf die jeweilige Brennstoffspezifikation zu untersuchen.
Spezielle Vorgaben der Verwerter zum Beprobungsintervall/Parameterumfang gilt es einzuhalten.
- 3.14 Mit dem Vorliegen des Untersuchungsergebnisses der analysierten Probe gemäß NB 3.13 ist die Freigabe des jeweils dazugehörigen aufbereiteten EBS-Chargenmaterials zur Entsorgung nur zulässig, wenn die Analysenwerte die geltenden Schadstoffkonzentrationen der zu übernehmenden energetischen/ thermischen Anlage nicht überschreiten.
- 3.15 Die Probenahme für die Durchführung der Untersuchungen haben in Anlehnung an die LAGA PN 98-Richtlinie und anderer anerkannter Vorschriften zu erfolgen.
Die Bestimmung der Parameter und Analysenwerte sind nach anerkannten Untersuchungsverfahren von einem akkreditierten Labor durchzuführen.
Die Probenahme einschließlich der Gewinnung der Einzel-, Misch- und Rückstellproben nach LAGA PN 98-Richtlinie sind von Personen durchzuführen, die für deren Durchführung über die erforderliche Fachkunde verfügen.
- 3.16 Eine getrennte Zwischenlagerung der beprobten Abfallchargen gegenüber anderen gelagerten Abfällen ist durch die Betreiberin sicherzustellen.

Nachweis- Betriebs- und Registerführung

- 3.17 Das Nachweisverfahren bei der Annahme und Abgabe von gefährlichen Abfällen gemäß NB 3.1-Tabelle 1 und NB 3.9-Tabelle 2 ist anhand der Begleitscheine (BS) bei bestätigten Entsorgungsnachweisen (EN/BB) sowie bei Freistellung und Privilegierung mit EN bzw. durch den Sammelentsorgungsnachweis (SN) mittels Übernahmeschein (ÜS) elektronisch zu führen.
- 3.18 Die Formblätter nach Anhang 1 der NachwV für den Betrieb der Anlage sind elektronisch zu führen. Die Nachweise sind den zuständigen Abfallentsorger-/ Abfallerzeugerbehörden elektronisch anzuzeigen.
- 3.19 Die ordnungsgemäße Betriebsführung der Anlagen ist durch ein Betriebstagebuch einschließlich der abfallrechtlichen Register zu dokumentieren. Es ist jeweils zuordenbar für die Anlagen das Input und Output einschließlich der geführten Nachweise, Register (Verzeichnis/Listen), Praxisbelege und Untersuchungsergebnisse zu erfassen und abzulegen, insbesondere:
1. Firmenname, Anschrift und Bezeichnung der Anlage des BBZ;
 2. Annahme-Verzeichnis:
 - Registerführung mit den Angaben zur Abfallart, ASN, Erfassung der Menge (t), Datum angenommenen Abfälle und deren Zuordnung zur BE 3 in den geführten Listen;
 - Führung der Unterlagen aus der grenzüberschreitenden Abfallverbringung, u.a. Notifizierungsformulare, Transportpapiere;
 - Annahme der Althölzer-ASN 030105 mittels Anlieferscheine nach § 11 Abs. 1 Satz 2 AltholzV unter Vorgabe der Altholzkategorien A I bis A II ggf. durch andere im Geschäftsverkehr verwendete Praxisbelege mit den erforderlichen Deklarationsangaben nach AltholzV;
 - Nachweisführung mittels EN/SN- Nr. und BS/ÜS- Nr. für gefährliche Abfälle sowie mittels Praxisbelege für nicht gefährliche Abfälle;
 3. Abgabe-Verzeichnis:
 - Registerführung: Angaben zur Abfallart, ASN, Menge (Erfassung in t), Verbleib (Entsorger und deren Entsorgungsanlagen) und Datum der zu entsorgenden Abfälle;
 - Führung der Unterlagen für die grenzüberschreitenden Abfallverbringung, u.a. Notifizierungsformulare, Transportpapiere;
 - Nachweisführung für gefährliche Abfälle mittels EN/SN-Nr. und BS/ÜS-Nr. sowie mittels Praxisbelege für nicht gefährliche Abfälle;
 - Angaben zur Abgabe aller Abfällen an welche Anlagen und Kunden (Name und Anschrift Bezeichnung der Anlagen);
 4. Güteüberwachung:

Ergebnisse der Qualitätskontrollen von Abfällen (Input/Output) in Form von Untersuchungsergebnissen und dazugehörige Probenahmeprotokolle;
 5. Dokumenten-Verzeichnis:

aktuelle Bestellurkunde zum Betriebsbeauftragten für Abfall.

Das Betriebstagebuch ist mindestens fünf Jahre vom Datum der letzten Eintragung bzw. des letzten Beleges aufzubewahren und der zuständigen Behörde auf Verlangen vorzulegen.

- 3.20 Entsprechend § 6 der Abfallwirtschaftssatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Westsachsen besteht ein allgemeiner Anschluss- und Benutzungszwang an die Entsorgungseinrichtungen des Zweckverbandes. Danach besteht das Recht und die Pflicht alle anfallenden Abfälle den Entsorgungseinrichtungen des Zweckverbandes

Abfallwirtschaft Westsachsen anzudienen, sofern diese nicht nach § 7 der Abfallwirtschaftssatzung von der Annahme ausgeschlossen sind.

4. Baurecht/Brandschutz

Die bau- und brandschutzrechtlichen Nebenbestimmungen und Hinweise aus der Zulassung zum vorzeitigen Beginn i.S. § 8a BImSchG vom 21.07.2015 (AZ: 242-106.11/352/21/45) bleiben bestehen, sofern sie nach der Errichtung auch für den Betrieb der Anlage erforderlich sind.

5. Arbeitsschutz

- 5.1 Arbeitsmittel (z. B. elektrische Betriebsmittel und Anlagen, Fahrzeuge, Rolll Tore) müssen wiederkehrenden Prüfungen durch befähigte Personen unterzogen werden. Art, Umfang und Fristen dieser Prüfungen sind im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung durch den Arbeitgeber zu ermitteln. Bei Mietgeräten ist darauf zu achten, dass die erforderlichen Prüfungen belegbar sind.
- 5.2 In den Arbeitsbereichen der Beschäftigten muss eine gesundheitlich zuträgliche Atemluft vorhanden sein. Emittierende Gefahrstoffe in gesundheitsgefährdender Menge/Konzentration sind an der Emissionsquelle zu erfassen. An den Übergabestellen der Behandlungsanlage, der Beschickung der Anlage (Transport- und Abladetätigkeiten), am Arbeitsplatz Abfallzerkleinerer sowie beim Austrag der EBS dürfen keine erhöhten Staubbelastungen auftreten. Dies ist durch technische und organisatorische Maßnahmen zu gewährleisten. Im Bereich der Arbeitsplätze sowie der Aufenthaltsorte der Beschäftigten in der Halle ist die Einhaltung des Allgemeinen Staubgrenzwertes, alveolengängige Fraktion (A-Staub) von $1,25 \text{ mg/m}^3$, atembare Staub (E-Staub) von 10 mg/m^3 nachzuweisen. Die Einhaltung der Grenzwerte ist nach einem Zeitraum von drei Monaten nach Inbetriebnahme der Anlage nachzuweisen.
- 5.3 Die im Bereich eingesetzten Radlader müssen über eine geschlossene klimatisierte Kabine verfügen. Die Atemluft in der Kabine muss gesundheitlich zuträglich sein. Dazu kann die Atemluft mit Schwebstofffiltern der Klasse S filtriert oder die Kabine mittels Druckluftflaschen fremdbelüftet werden. Die Filter der Schutzbelüftungsanlagen sind regelmäßig zu warten und zu reinigen. Der Filterwechsel ist in den Fahrzeugbüchern zu dokumentieren.
- 5.4 Durch geeignete Maßnahmen ist sicherzustellen, dass eine Verunreinigung der Fahrzeugkabinen soweit wie möglich vermieden wird. Die Kabine ist regelmäßig zu reinigen.
- 5.5 Alle Quetsch-, Scher- und Einzugstellen an den Förderbändern sind durch Verdeckungen und Umwehrungen oder andere geeignete Schutzeinrichtungen zu sichern. Die Antriebe der Bandanlagen sind eingriffssicher zu verkleiden.
- 5.6 In Arbeitsbereichen, in denen die unteren Auslösewerte für Lärm $L_{EX, 8h} = 80 \text{ dB(A)}$ bzw. $L_{pC, peak} = 135 \text{ dB(C)}$ überschritten werden, hat der Arbeitgeber geeigneten Gehörschutz zur Verfügung zu stellen. Arbeitsbereiche, in denen die oberen Auslösewerte für Lärm $L_{EX, 8h} = 85 \text{ dB(A)}$ bzw. $L_{pC, peak} = 137 \text{ dB(C)}$ überschritten werden, sind als Lärmbereiche zu kennzeichnen (z. B. Brecherbetrieb, Siebanlagen, Schaufelladereinsatz). Die Beschäftigten sind zum Tragen von Gehörschutz verpflichtet.

- 5.7 Bei Transporttätigkeiten, insbesondere durch rückwärtsfahrende Fahrzeuge, dürfen für die Beschäftigten keine Gefährdungen auftreten. Zur besseren Wahrnehmbarkeit der Beschäftigten sollen von diesen Warnwesten getragen werden.
- 5.8 Bei der Verarbeitung von gefährlichen Abfällen mit einem Benzo-a-pyren-Gehalt von größer 50 mg/m^3 besteht „Umgang mit einem krebserzeugenden Gefahrstoff“. Beim direkten Umgang (Anlieferung, Zerkleinerung/Shreddern, Transport und Vermischung) der Beschäftigten sind deshalb folgende Schutzmaßnahmen vorzusehen:
- bei Überschreitung der Benzo-a-pyren-Werte von 50 mg/m^3 ist von den Beschäftigten persönliche Schutzkleidung (Einwegschutzanzug, Atemschutz P 2 Filter, Schutzhandschuhe) zu tragen (bei manuellen Reinigungs- und Wartungsarbeiten ist grundsätzlich Schutzkleidung zu tragen);
 - getrennte Aufbewahrung der Arbeits- und Straßenkleidung;
 - nach Arbeitsende und vor jeder Pause Hände und Gesicht gründlich reinigen (Waschmöglichkeit muss in Arbeitsnähe vorhanden sein);
 - Hautpflegemittel verwenden;
 - Augendusche oder Augenspülflasche bereitstellen.
- 5.9 Eine Staubentwicklung ist zu vermeiden. An Übergabestellen von Bandanlagen ist darauf zu achten, dass nur eine geringe Abwurfhöhe besteht und die Übergabestellen abgedeckt sind. Sollten diese Maßnahmen keine ausreichende Staubeindämmung bewirken, sind Absaugungen vorzusehen. Der Akzeptanzwert von kleiner 70 ng/m^3 (E) ist nachzuweisen.
- 5.10 Hinsichtlich des Umganges mit krebserzeugenden Gefahrstoffen ist eine Betriebsanweisung zu erarbeiten. Die Betriebsanweisung soll Schutzmaßnahmen und Verhaltensregeln beinhalten. Anhand der Betriebsanweisung sind die Beschäftigten nachweislich zu unterweisen.
- 5.11 Für die Beschäftigten sind arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen (G 26, Maskentauglichkeit; G 40 Kanzerogene Gefahrstoffe) in Abstimmung mit dem Betriebsarzt durchzuführen.
- 5.12 Beim Einsatz von Dieselfahrzeugen in der Halle sind Dieselrußpartikelfilter einzusetzen. Sollten durch die Häufigkeit der Fahrbewegungen erhöhte Abgasbelastungen auftreten, sind entsprechende Lüftungstechnische Maßnahmen einzuleiten.
- 5.13 Für die Anlage ist die Gefährdungsbeurteilung entsprechend den tatsächlich vorliegenden Gefährdungen anzupassen und zu aktualisieren. Verantwortlichkeiten sowie Kontrolltermine sind aufzunehmen. Besondere Verhaltensregeln und Schutzmaßnahmen sind in speziellen Betriebsanweisungen aufzunehmen. Die Gefährdungsbeurteilung sowie ergänzende Betriebsanweisungen sind mit Inbetriebnahme der Anlage vorzuhalten.

Im Übrigen behalten die arbeitsschutzrechtlichen Nebenbestimmungen aus der Zulassung zum vorzeitigen Beginn i.S. § 8a BImSchG vom 21.07.2015 (AZ: 242-106.11/352/21/45) soweit sie den Betrieb der Anlage betreffen, weiterhin ihre Gültigkeit.

III. Hinweise

1. zu NB 2.9:
Die nach § 29b BImSchG bekannt gegebenen Stellen sind aktuell unter der Internetadresse <http://www.umwelt.sachsen.de/umwelt/luft/3619.htm> unter Angabe von Bekanntgabebereich, Einschränkungen und Befristungen veröffentlicht und dort zu recherchieren.
2. zu NB 2.10 bis 2.13:
Das Formblatt, spezielle Informationen zur Messplanung und zur Übermittlung des Messkonzeptes sind auf der Homepage des LfULG unter <http://www.umwelt.sachsen.de/umwelt/luft/23402.htm> (Rubrik: Luft/ bekannt gegebene Stellen/ Durchführung von Ermittlungen in Sachsen) zu beziehen. Die auf dieser Homepage gegebenen Hinweise und aufgeführten Anforderungen sind zu beachten.
3. Von der Annahme/Anlieferung im BBZ sind nachfolgende Abfallchargen auszuschließen:
 - leichtentzündliche, radioaktive oder explosive Abfälle, die zur Selbstentzündung neigen können,
 - Lösungsmittel/Lösungsmittelgemische,
 - Bau- und Abbruchabfälle, die Asbest enthalten,
 - Dämmstoffe, deren Fasertypklassifizierung krebserzeugendes Potential besitzt,
 - Abfälle, die freies Cyanid enthalten,
 - Abfälle, die mit Flammschutzmitteln bzw. FCKW geschäumt worden sind,
 - Abfälle und Schlämme im nicht stichfesten Zustand,
 - Abfälle, die stark sauer oder alkalisch unter Normalbedingungen reagieren.
4. Für die bei Wartungs- und Servicearbeiten der Anlagentechnik anfallenden gefährlichen Abfälle (s. NB 3.9) ist die ordnungsgemäße Entsorgung über die Rücknahmesystem an Serviceunternehmen bzw. in der Nachweisführung über die betriebseigene Werkstatt am selben Standort Espenhain sicherzustellen.
5. Sollten sich die Entsorgungswege zu den gemäß NB 3.9 beantragten bzw. durchgeführten Entsorgern ändern, ist dies dem Umweltamt LRA LKL jährlich zum 31.05. mitzuteilen.
6. Zusammenstellung Abfallartenkatalog der Eingänge der Abfälle (E-Inputkatalog) zu den Betriebseinheiten (BE) des BBZ:

Tabelle 3

Stoff-Nr.	ASN	Abfallarten gem. AVV (Einschränkungen)	BE 3	BE 5	BE 6	BE 7
E 1	02 01 06	Tierische Ausscheidungen, Gülle/Jauche und Stallmist (einschließlich verdorbenes Stroh), Abwasser, getrennt gesammelt und extern behandelt			X	
E 2	02 03 01	Schlämme aus Wasch-, Reinigungs-, Schäl-, Zentrifugier- und Abtrennprozessen	X		X	
E 3	02 03 04	Für den Verzehr oder Verarbeitung ungeeignete Stoffe			X	
E 4	02 05 01	Für den Verzehr oder Verarbeitung ungeeignete Stoffe			X	

Stoff-Nr.	ASN	Abfallarten gem. AVV (Einschränkungen)	BE 3	BE 5	BE 6	BE 7
E 5	02 06 01	Für den Verzehr oder Verarbeitung ungeeignete Stoffe			X	
E 6	02 07 02	Abfälle aus der Alkoholdestillation			X	
E 7	02 07 04	Für den Verzehr oder Verarbeitung ungeeignete Stoffe			X	
E 8	03 01 05	Sägemehl, Späne, Abschnitte, Holz, Spanplatten und Furniere mit Ausnahme derjenigen, die unter 030104 fallen	X			
E 9	03 03 05	Deinking-Schlämme aus dem Papierrecycling	X			X
E 10	03 03 07	mechanisch abgetrennte Abfälle aus der Auflösung von Papier- und Pappabfällen	X			
E 11	03 03 08	Abfälle aus dem Sortieren von Papier und Pappe für das Recycling	X			
E 12	03 03 10	Faserabfälle, Faser-, Füller- und Überzugsschlämme aus der mechanischen Abtrennung	X			X
E 13	03 03 11	Schlämme aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 030310 fallen	X			X
E 14	04 01 06	Chromhaltige Schlämme, insbesondere aus der betrieblichen Abwasserbehandlung	X			
E 15	06 05 03	Schlämme aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 060502 fallen	X			
E 16	07 02 13	Kunststoffabfälle	X			
E 17	08 01 12	Farb- und Lackabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 080111 fallen	X			X
E 18	08 01 13*	Farb- und Lackabfälle, die organische Lösemittel oder andere gefährliche Stoffe enthalten	X			
E 19	08 01 14	Farb- und Lackabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 080113 fallen	X			X
E 20	10 01 02	Filterstäube aus Kohlefeuerung	X			
E 21	10 01 03	Filterstäube aus Torffeuerung und Feuerung mit (unbehandeltem) Holz	X			
E 22	10 01 05	Reaktionsabfälle auf Calciumbasis aus der Rauchgasentschwefelung in fester Form	X			
E 23	10 01 17	Filterstäube aus der Abfallmitverbrennung mit Ausnahme derjenigen, die unter 100116 fallen	X			
E 24	10 01 19	Abfälle aus der Abgasbehandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 100105, 100107 und 100118 fallen	X			
E 25	10 09 09*	Filterstaub, der gefährliche Stoffe enthält	X			
E 26	10 09 11*	andere Teilchen, die gefährliche Stoffe enthalten	X			
E 27	12 01 16*	Strahlmittelabfälle, die gefährliche Stoffe enthalten	X			
E 28	15 01 06	Gemischte Verpackungen	X			

Stoff-Nr.	ASN	Abfallarten gem. AVV (Einschränkungen)	BE 3	BE 5	BE 6	BE 7
E 29	15 01 10*	Verpackungen, die Rückstände gefährlicher Stoffe enthalten oder durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind (Ausschluss von Gefahrenrelevanz der Eigenschaften H 6 und H 1 nach AVV)	X			
E 30	15 02 02*	Aufsaug- und Filtermaterial (einschließlich Ölfilter a.n.g.), Wischtücher und Schutzkleidung, die durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind (Ausschluss von Gefahrenrelevanz der Eigenschaften H 6 und H 1 nach AVV)	X			
E 31	15 02 03	Aufsaug- und Filtermaterial, Wischtücher und Schutzkleidung mit Ausnahme derjenigen, die unter 150202 fallen	X			
E 32	16 11 03*	Andere Auskleidungen und feuerfeste Materialien aus metallurgischen Prozessen, die gefährliche Stoffe enthalten				X
E 33	17 01 01	Beton		X	X	
E 34	17 01 02	Ziegel		X	X	
E 35	17 01 03	Fliesen, Ziegel und Keramik			X	
E 36	17 01 06*	Gemische aus oder getrennte Fraktionen von Beton, Fliesen, Ziegel und Keramik, die gefährliche Stoffe enthalten (Ausschluss der Gefahrenrelevanz von Eigenschaften H 6 nach AVV)			X	X
E 37	17 01 07	Gemische aus oder getrennte Fraktionen von Beton, Fliesen, Ziegel und Keramik mit Ausnahme derjenigen, die unter 170106 fallen		X	X	
E 38	17 02 01	Holz				X
E 39	17 02 04*	Glas, Kunststoff und Holz, die gefährliche Stoffe enthalten oder durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind, hier Holz, das durch gefährliche Stoffe verunreinigt (Ausschluss der Gefahrenrelevanz von Eigenschaften H 6 nach AVV)				X
E 40	17 03 01*	kohlenteerhaltige Bitumengemische, hier teerhaltige Dachpappe	X			X
E 41	17 03 02	Bitumengemische mit Ausnahme derjenigen, die unter 170301 fallen, hier bitumenhaltiger Altasphaltaufruch und -fräsgut		X		X
E 42	17 03 02	Bitumengemische mit Ausnahme derjenigen die unter 170301 fallen, hier bitumenhaltige Dachpappe	X			X
E 43	17 05 03*	Boden und Steine, die gefährliche Stoffe enthalten (Ausschluss von Gefahrenrelevanz der Eigenschaften H 6, H 2 und H 1 nach AVV)			X	
E 44	17 05 04	Boden und Steine mit Ausnahme derjenigen, die unter 170503 fallen		X	X	

Stoff-Nr.	ASN	Abfallarten gem. AVV (Einschränkungen)	BE 3	BE 5	BE 6	BE 7
E 45	17 05 05*	Baggergut, das gefährliche Stoffe enthält (Ausschluss von Gefahrenrelevanz der Eigenschaften H 6 nach AVV)			X	X
E 46	17 05 06	Baggergut mit Ausnahme desjenigen, das unter 170505 fällt			X	
E 47	17 05 07*	Gleisschotter, der gefährliche Stoffe enthält			X	X
E 48	17 05 08	Gleisschotter mit Ausnahme desjenigen, der unter 170507 fällt			X	
E 49	17 08 01*	Baustoffe auf Gipsbasis, die durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind	X		X	
E 50	17 08 02	Baustoffe auf Gipsbasis mit Ausnahme derjenigen die unter 170801 fallen	X			
E 51	17 09 01*	Bau- und Abbruchabfälle, die Quecksilber enthalten (Ausschluss von Gefahrenrelevanz der Eigenschaften H 6 nach AVV)				X
E 52	17 09 03*	Sonstige Bau- und Abbruchabfälle, die gefährliche Stoffe enthalten			X	X
E 53	17 09 04	Gemischte Bau- und Abbruchabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 170901, 170902 und 170903 fallen	X			X
E 54	19 01 11*	Rost- und Kesselasche sowie Schlacken, die gefährliche Stoffe enthalten	X			
E 55	19 01 13*	Filterstaub, der gefährliche Stoffe enthält	X			
E 56	19 01 14	Filterstaub mit Ausnahme desjenigen, der unter 190113 fällt	X			
E 57	19 01 15*	Kesselstaub, der gefährliche Stoffe enthält	X			
E 58	19 01 16	Kesselstaub mit Ausnahme desjenigen, der unter 190115 fällt	X			
E 59	19 03 04*	als gefährlich eingestufte, teilweise stabilisierte Abfälle (Ausschluss von Gefahrenrelevanz der Eigenschaften H 6 nach AVV)			X	
E 60	19 03 05	stabilisierte Abfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 190304 fallen			X	
E 61	19 08 02	Sandfangrückstände			X	
E 62	19 08 05	Schlämme aus der Behandlung von kommunalem Abwasser	X		X	X
E 63	19 08 11*	Schlämme aus der biologischen Behandlung von industriellem Abwasser, die gefährliche Stoffe enthalten			X	
E 64	19 08 12	Schlämme aus der biologischen Behandlung von industriellem Abwasser mit Ausnahme derjenigen, die unter 190811 fallen	X		X	
E 65	19 08 13*	Schlämme, die gefährliche Stoffe aus einer anderen Behandlung von industriellem Abwasser enthalten (Ausschluss von Gefahrenrelevanz der Eigenschaften H 6 nach AVV)			X	
E 66	19 08 14	Schlämme aus einer anderen Behandlung von industriellem Abwasser mit Ausnahme derjenigen, die unter 190813 fallen	X		X	

Stoff-Nr.	ASN	Abfallarten gem. AVV (Einschränkungen)	BE 3	BE 5	BE 6	BE 7
E 67	19 10 03*	Shredderleichtfraktionen und Staub, die gefährliche Stoffe enthalten			X	
E 68	19 10 04	Shredderleichtfraktionen und Staub mit Ausnahme derjenigen, die unter 191003 fallen	X			
E 69	19 11 05*	Schlämme aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung, die gefährliche Stoffe enthalten			X	
E 70	19 11 06	Schlämme aus der betriebseigenen Abwasserbehandlung, mit Ausnahme derjenigen, die unter 191005 fallen	X		X	
E 71	19 12 04	Kunststoff und Gummi	X			
E 72	19 12 09	Mineralien (Sand, Steine, Beton, Ziegel, Fliesen, Keramik)			X	
E 73	19 12 10	Brennbare Abfälle (Brennstoffe aus Abfällen)	X			X
E 74	19 12 11*	Sonstige Abfälle (einschließlich Materialmischungen), aus der mechanischen Behandlung von Abfällen, die gefährliche Stoffe enthalten			X	X
E 75	19 12 12	Sonstige Abfälle (einschließlich Materialmischungen) aus der mechanischen Behandlung von Abfällen, mit Ausnahme derjenigen die unter 191211 fallen	X		X	X
E 76	19 13 01*	Feste Abfälle aus der Sanierung von Böden, die gefährliche Stoffe enthalten			X	
E 77	19 13 02	Feste Abfälle aus der Sanierung von Böden mit Ausnahme derjenigen, die unter 191301 fallen			X	
E 78	19 13 03*	Schlämme aus der Sanierung von Böden, die gefährliche Stoffe enthalten			X	
E 79	19 13 04	Schlämme aus der Sanierung von Böden mit Ausnahme derjenigen, die unter 191303 fallen			X	
E 80	19 13 05*	Schlämme aus der Sanierung von Grundwasser, die gefährliche Stoffe enthalten			X	
E 81	19 13 06	Schlämme aus der Sanierung von Böden mit Ausnahme derjenigen, die unter 191305 fallen			X	
E 82	20 01 38	Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 200137 fällt				X
E 83	20 01 39	Kunststoffe	X			X
E 84	20 02 01	Biologisch abbaubare Abfälle			X	X
E 85	20 03 01	Gemischte Siedlungsabfälle (keine Bio-tonne)				X
E 86	20 03 07	Sperrmüll				X

7. Gemäß § 7 BBodSchG ist der Grundstückseigentümer, der Inhaber der tatsächlichen Gewalt über ein Grundstück und derjenige, der Verrichtungen auf einem Grundstück durchführt oder durchführen lässt, die zu Veränderungen der Bodenbeschaffenheit führen können, verpflichtet, Vorsorge gegen das Entstehen schädlicher

Bodenveränderungen zu treffen, die durch ihre Nutzung auf dem Grundstück oder in dessen Einwirkungsbereich hervorgerufen werden können.

8. Bei Bautätigkeiten mit Eingriff in den Boden ist das Antreffen von Bodenkontaminationen nicht auszuschließen. Diese sind der unteren Bodenschutzbehörde unverzüglich anzuzeigen und die weitere Verfahrensweise abzustimmen.
9. Die auf dem Betriebsgelände vorhandenen Grundwassermessstellen sind vor jeglicher Beschädigung/Zerstörung zu schützen und deren Befahrbarkeit ist zu gewährleisten.
10. Im Rahmen der weiteren Altlastenerkundung im ÖGP sind Boden- und Grundwasseruntersuchungen auf dem Grundstück zu dulden.
11. Laut den vorliegenden Daten liegt das Planungsgebiet im kampfmittelbelasteten Bereich. Die Flurstücke sind als bombardiert jedoch inzwischen als beräumt ausgewiesen.
Nach den hierfür in Sachsen zurzeit geltenden Vorschriften, der Kampfmittelverordnung und der VwV Kampfmittelbeseitigung, leistet das Polizeiverwaltungsamt, Referat Kampfmittelbeseitigungsdienst, Amtshilfe für die Räumung und Vernichtung von Kampfmittel. Die Amtshilfe zur Suche von Kampfmitteln wird geleistet, wenn es zur Abwehr einer Gefahr erforderlich ist.
Bei beräumten Flächen ist davon auszugehen, dass es sich bei der Absuche nach Kampfmitteln nicht um eine Gefahrenabwehr, sondern um eine Gefahrenvorsorge handelt.
Wenn sich der Bauherr für eine Untersuchung entscheidet, wozu er nicht verpflichtet ist, kann er sich mit diesem Anliegen an eine zur Kampfmittelbeseitigung befähigte Firma wenden, muss aber auch die dadurch entstehenden Kosten tragen. (Etwaige Zusagen über Kostenbefreiungen oder Kostenübernahme durch Dritte bleiben hiervon unberührt.)
Sollten (ohne vorherige Geländeuntersuchung) bei den Arbeiten Kampfmittel gefunden werden, sind die zuständige Ortspolizeibehörde der Gemeinde Neukieritzsch (Bürgermeister) und das Polizeiverwaltungsamt, Referat Kampfmittelbeseitigungsdienst, Neuländer Straße 60 in Dresden, Tel.: (0351) 85 01 - 0 zu verständigen. Dies gilt auch im Zweifelsfall. Die Fundstelle ist bis zum Eintreffen des Kampfmittelbeseitigungsdienstes zu sichern. In dem Fall ist auch das LRA LKL, Amt für Rechts-, Kommunal- und Ordnungsangelegenheiten (ARKO), zu informieren.
Dem Antragsteller wird eine Bodenuntersuchung zur Gefahrenvorsorge auf eigene Kosten, z.B. in Form von
 - a) visueller Beobachtung des Erdaushubes (bei Trümmergelände, verfülltem Gelände, baulichen Anlagen in unmittelbarer Nähe, etc.);
 - b) Bohrlochsondierung auf Achsen oder im Raster (bei Einzug von Baugrubenverbau, Pfahlgründung, Durchörterung, Rammkernsondierung, etc.) empfohlen.

IV. Begründung

Die Fa. Plambeck ContraCon Bau und Umwelttechnik GmbH beantragte mit Datum vom 15.04.2015, für die Entscheidung vollständig am 19.08.2015, die wesentliche Änderung ihrer am Standort Neukieritzsch, Ortsteil Lippendorf, betriebenen Anlage zur Behandlung und Lagerung von gefährlichen Abfällen durch Errichtung und Betrieb einer Anlage zur Herstellung von Ersatzbrennstoffen als 2. Teilgenehmigung (TG).
Die Anlagen unterliegen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbedürftigkeit nach folgenden Einstufungen im Anhang 1 zur 4. BImSchV:

- Nr. 8.7.1.1 für die mikrobiologische Bodenbehandlung (BE 6),
- Nr. 8.11.1.1, lfd. Nr. 1 für die Behandlung von gefährlichen Abfällen durch Vermengen oder Vermischung sowie durch Konditionierung (BE 7),
- Nr. 8.11.1.1, lfd. Nr. 2 für die Behandlung von gefährlichen Abfällen zum Zweck der Hauptverwendung als Brennstoff (BE 3),
- Nr. 8.11.2.1 für die sonstige Behandlung von gefährlichen Abfällen (BE 7, Betrieb des Shredders),
- Nr. 8.11.2.3 für die sonstige Behandlung von nicht gefährlichen Abfällen, soweit diese für die Verbrennung oder Mitverbrennung vorbehandelt werden (BE3),
- Nr. 8.11.2.4 für die sonstige Behandlung von nicht gefährlichen Abfällen (BE 5, BE 6, BE 7),
- Nr. 8.12.1.1 für die zeitweilige Lagerung von gefährlichen Abfällen (BE 2, BE 3, BE 6, BE 7),
- Nr. 8.12.2 für die zeitweilige Lagerung von nicht gefährlichen Abfällen (BE 2, BE 3, BE 5, BE 6, BE 7).

Nach der Umsetzung von europäischen Vorgaben in deutsches Umweltrecht handelt es sich bei den nach den Nummern 8.7.1.1, 8.11.1.1 und 8.12.1.1 eingestuftten Anlagen gemäß § 3 des Anhangs zur 4. BImSchV um Anlagen nach der IED-Richtlinie, für die besondere Vorgaben bei der Genehmigung und der Überwachung gelten. Dazu gehören z.B. die Umsetzung des Standes der Technik bei der Festlegung von Emissionsgrenzwerten entsprechend der Veröffentlichung von BVT-Schlussfolgerungen, jährliche Auskunftspflichten gemäß § 31 BImSchG.

Bei Anlagen, in denen relevante gefährliche Stoffe verwendet, erzeugt oder freigesetzt werden und dadurch eine Verschmutzung des Bodens oder des Grundwassers möglich ist, ist zu prüfen, ob mit den Antragsunterlagen ein Bericht über den Ausgangszustand (AZB) vorzulegen ist. Für beantragte Änderungen nach § 16 BImSchG werden dazu in der 9. BImSchV in § 4a Abs. 4 und § 25 Abs. 2 Festlegungen getroffen. Nach dem derzeit vorliegenden Stand werden Abfälle nicht als gefährliche Stoffe im Sinne des § 3 Abs. 9 BImSchG eingestuft. Insofern erfolgte im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens keine weitere Prüfung, ob und in welchem Umfang ein Ausgangszustandsbericht erforderlich ist.

Die Anlagen unterliegen nicht dem UVPG.

Durchsatz-, Lagerkapazitäten:

Der Gesamtdurchsatz des BBZ bleibt unverändert bei 273.500 t/a.

Betriebseinheit	Durchsatzleistung
BE 3	50.000 t/a
BE 5	100.000 t/a
BE 6	51.750 t/a
BE 7	72.000 t/a
	273.750 t/a

Mit dem Antrag auf die 2. Teilgenehmigung ergeben sich für die Betriebseinheiten folgende Lagerkapazitäten:

Betriebseinheit	max. Lagerkapazität
BE 2	10.000 t
BE 3	5.000 t

BE 4	20.000 t
BE 5	5.700 t
BE 6	5.000 t
BE 7	1.000 t
	46.700 t

Bestandteil der Antragsunterlagen ist eine Anlage zum Abfallinputkatalog des Bodenbehandlungszentrums. Danach werden ausgehend von dem Leitfaden KAS-25 „Einstufung von Abfällen gemäß Anhang I der Störfall-Verordnung“ die maximalen Lagermengen für gefährliche Abfälle, die störfallrelevant sind, wie folgt begrenzt:

Nr.	max. Lagermenge
2 - giftig	< 50 t
3 - brandfördernd	< 50 t
9a/9b - umweltgefährlich	< 100 t

Die Anlage unterliegt nicht der 12. BImSchV, da die relevanten Mengenschwellen, auch in der Summe der Quotienten innerhalb derselben Kategorie, unterschritten werden.

Die von der Antragstellerin vorgesehenen Änderungen sind wesentlich und bedürfen daher der Änderungsgenehmigung gem. § 16 BImSchG.

Die sachliche Zuständigkeit des LRA LKL ergibt sich aus §§ 1 und 2 AGImSchG und die örtliche Zuständigkeit ergibt sich aus § 3 Abs. 1 Nr. 2 VwVfG i.V.m. § 2 Abs. 5 SächsLKrO.

Für das Verfahren wurden gem. § 10 Abs. 5 BImSchG i.V.m. § 11 der 9. BImSchV einbezogen:

- LRA LKL (Umweltamt (UWA): SG Immissionsschutz, SG Wasser/Abwasser; SG Altlasten/Bodenschutz/Abfallrecht; Gesundheitsamt, ARKO, Amt für Kreisentwicklung, Bauaufsichtsamt (BAA)),
- Landesdirektion Sachsen (LDS) (Abt. Arbeitsschutz),
- Gemeinde Neukieritzsch mit ausführender Gemeinde Stadt Groitzsch und Zweckverband Planung und Erschließung Industriestandort Böhlen-Lippendorf.

Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 1 „Industrie- und Gewerbegebiet westlich der Stadt Böhlen entlang der Bahntrasse Leipzig-Altenburg“ im Quartier GI 7 in einem Industriegebiet und ist somit planungsrechtlich zulässig. Im Genehmigungsfreistellungsverfahren gem. § 62 SächsBO gab die Gemeinde Neukieritzsch, vertreten durch den Zweckverband, die Erklärung zur gesicherten Erschließung am 08.06.2015 ab.

Die Fa. Plambeck ContraCon Bau und Umwelttechnik beantragte weiterhin gemäß § 16 Abs. 2 BImSchG, von der öffentlichen Bekanntmachung des Vorhabens sowie der Auslegung der Antragsunterlagen abzusehen.

Im Antrag wird dargestellt, dass mit der beantragten Anlagenänderung keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die unter § 1 BImSchG genannten Schutzgüter verbunden sind. Der Standort der Anlage befindet sich im Industriegebiet Böhlen/Lippendorf. Die mit der Errichtung und dem Betrieb der Anlage vorgesehenen Maßnahmen schließen relevante Auswirkungen auf die Schutzgüter aus.

Dem Antrag gemäß § 16 Abs. 2 BImSchG konnte nach Prüfung durch die beteiligten Fachbehörden stattgegeben werden.

Für die Errichtung und den Probetrieb der EBS-Anlage wurde mit dem Antrag vom 15.04.2015 auch die Zulassung des vorzeitigen Beginns i.S. § 8a BImSchG beantragt.

Dieser wurde mit Bescheid vom 21.07.2015 (AZ: 242-106.11/352/21/45) genehmigt. Einige der dort festgelegten Nebenbestimmungen gelten fort (s.o.). Im Übrigen wird die Zulassung durch diesen Bescheid ersetzt.

Für die Anlage wird eine Leichtbauhalle am Standort des ehemaligen Zwischenlagers errichtet. Mit der Änderung wird das Bodenbehandlungszentrum den veränderten wirtschaftlichen Anforderungen angepasst. Die Herstellung der Ersatzbrennstoffe erfolgt unter Anwendung von Dosier- und Mischprozessen sowie Zerkleinerungs- und Abscheidevorgängen. Die In- und Outputlagerung der Abfälle erfolgt in der Halle. Außerhalb der Halle befindet sich das Staubsilo sowie die Schalt- und die Abscheideanlage. Die Gesamtanlage gliedert sich in folgende Betriebseinheiten (BE):

BE 1: Fahrzeugpark

BE 2: Bereitstellungslager (Isoprentasse)

BE 3: Anlage zur Herstellung von Ersatzbrennstoffen

BE 3.1: Annahme und Kontrolle des Inputmaterials

BE 3.2: Verarbeitung und Herstellung der Ersatzbrennstoffe

BE 3.3: Lagerbereiche (In-und Output)

BE 4: Reinbodenlager

BE 5: Bauschuttrecyclinganlage einschließlich Lagerfläche mit mobiler Brecheranlage

BE 6: Mikrobiologische Behandlungsanlage

BE 7: Behandlung Abfallgemische- Konditionierung/Homogenisierung

BE 8: Nebeneinrichtungen

Dazu gehören entsprechend dem Übersichtsplan die

Nr. 8: Regenrückhaltebecken

Nr. 9: Fahrzeugwaage

Nr. 10: Werkstatt

Nr. 11: Annahmehäuser, Sozialräume, Labor

Nr. 12: Reifenwaschanlage

Nr. 13: Trafostation.

Antragsgemäß wird im Bereich des Aufgabetrichters für den Abfallzerkleinerer eine Absaugung vorgesehen. Die Abluftreinigungsanlage mit einem Volumenstrom von 7500 m³/h besteht aus einem Staubabscheider mit nachgeschaltetem Aktivkohlefilter, der zuvor für die Abreinigung der Abluft im Zwischenlager eingesetzt wurde. Antragsgemäß werden die abwurfhöhen begrenzt. Für die Reinigung der Halle ist ein mobiler Industriestaubsauger vorgesehen.

Um entstehende Staubemissionen beim Transport zu minimieren, sind antragsgemäß weitere vorbeugende Maßnahmen, wie Reinigung der Verkehrswege und geräumten Lagerflächen, eine Begrenzung der Fahrgeschwindigkeit im Anlagengelände auf 20 km/h und eine regelmäßige Reifenwäsche bei den betriebsinternen Fahrzeugen (wie Radlader/Bagger) vorgesehen.

Der Standort der Anlage befindet sich im Industriegebiet Böhlen/Lippendorf. Als schutzbedürftige Nutzungen werden die nächstgelegenen Wohnhäuser in Lippendorf (Hauptstraße), die sich in südwestlicher Richtung ca. 1100 m entfernt von der Anlage befinden, betrachtet. Es erfolgt eine Einstufung als allgemeines Wohngebiet. Der Betrieb der Anlage zur Herstellung von Ersatzbrennstoffen erfolgt im Tagzeitraum. Zur Beurteilung der Lärmbelastung erfolgte für die schallrelevanten Anlagenteile des Bodenbehandlungszentrums eine überschlägige Lärmprognose. Für den Immissionsort wird ein Mittelungspegel von 45 dB(A) ermittelt. Danach wird der zulässige Immissionswert für den Tagzeitraum um 10 dB unterschritten. Die nächstgelegenen Wohnbebauungen befinden sich damit nach Nr. 2.2 TA Lärm nicht mehr im Einwirkungsbereich der Anlage. Eine Festlegung von Nebenbestimmungen zum Schallimmissionsschutz ist somit nicht erforderlich.

Das Betriebsgelände der Firma Plambeck ContraCon Bau und Umwelttechnik GmbH Leipzig umfasst die Flurstücke 1/62 und 1/81 der Gemarkung Lippendorf.

Beide Flurstücke sind im Sächsischen Altlastenkataster unter der Altlastenkennziffer 29201315 mit der Bezeichnung „Ökologisches Großprojekt Böhlen (ÖGP Böhlen), Teilfläche 28, Tanklager Kamerun“ registriert. Sich daraus ergebende Boden-/ Grundwassersanierungsmaßnahmen in diesem Bereich können nicht ausgeschlossen werden.

Mit Schreiben vom 09.10.2015 erhielt die Antragstellerin den Bescheid-Entwurf zur Anhörung i.S. § 28 VwVfG. Mit Telefonat am 22.10.2015 wurde durch den Prokuristen der Fa. Plambeck der Entwurf bestätigt.

Die Nebenbestimmungen (NB) sind zur Sicherstellung der in § 6 Abs. 1 BImSchG genannten Genehmigungsvoraussetzungen erforderlich.

Begründung der einzelnen Nebenbestimmungen:

1. Allgemeines:

NB 1.1 bis 1.3:

Die Nebenbestimmungen ergeben sich aus § 52 BImSchG.

NB 1.4 bis 1.8:

Die Nebenbestimmungen dienen der Erfüllung der Betreiberpflichten aus §§ 5 Abs. 3 und 15 Abs. 3 BImSchG.

NB 1.6 bis 1.8:

Diese Nebenbestimmungen sollen sicher stellen, dass die geprüften Genehmigungsvoraussetzungen gem. § 6 BImSchG erfüllt werden.

NB 1.9:

Diese NB dient der Durchsetzung des § 12 Abs. 1 BImSchG. Im genannten ÖRV wurde eine Lagermenge vereinbart, für die eine Sicherheitsleistung in Höhe von 2 Mio Euro in Form einer Versicherungsbürgschaft der R+V Allgemeine Versicherung AG beim LRA LKL hinterlegt wurde. Diese dort festgelegte Lagermenge wird durch die beantragte noch unterschritten. Die hinterlegte Sicherheitsleistung reicht aus. Außerhalb dieses Verfahrens soll der ÖRV nach Erteilung der ersten und zweiten Teilgenehmigung bzgl. Formulierungen angepasst werden.

2. Immissionsschutz:

NB 2.1 bis 2.3:

Die Festlegungen der Betriebszeit sowie der Lagerkapazitäten und Durchsatzleistungen erfolgten antragsgemäß.

NB 2.4 u. 2.5:

Die geforderten Maßnahmen zur Minimierung von Staub- bzw. Geruchsemissionen wurden gemäß TA Luft, Nr. 5.2.3 und 5.2.8 getroffen. Diese Anforderungen ergeben sich speziell für Anlagen zur sonstigen Behandlung von Abfällen auch gemäß TA Luft, Nr. 5.4.8.11.2.

NB 2.6 und 2.7:

Die Festlegung der Ableitungshöhe wurde die Gebäudehöhe berücksichtigt. Damit wird die

Forderung der TA Luft, Nummer 5.5.2 nach einer Mindestableithöhe von 10 m über Flur erfüllt. Die NB 2.7 ist zur Durchsetzung des ordnungsgemäßen Betriebes der Abluftreinigungsanlage erforderlich.

NB 2.8:

Die Emissionsbegrenzungen erfolgten gemäß der Nr. 5.4.8.11.2 der TA Luft entsprechend dem Stand der Technik.

NB 2.9 bis 2.13:

Die Forderungen zu den Emissionsmessungen ergeben sich aus den Nummern 5.3.1 und 5.3.2 der TA Luft.

3. Altlasten/Bodenschutz/Abfallrecht:

NB 3.1 bis NB 3.4, NB 3.6 bis NB 3.9:

Die Festlegungen zu vorgesehenem Antragsgegenstand, der anzustrebenden Höherwertigkeit der Abfallverwertung bzw. Abgabebedingungen begründen sich antragsgemäß sowie i.V.m. den Anforderungen der §§ 6 bis 9 KrWG, Abfälle vorrangig einer Verwertung zuzuführen.

Die Einstufung und Zuordnung von Abfällen (Input/Output) zur Art und ASN ergibt sich gemäß AVV.

Für die Ausgänge wurden betriebsbedingt anfallende Abfälle in Zuordnung zur Art und ASN erweitert dargestellt.

Die Festlegungen zur Annahme- und Abkippkontrolle sind erforderlich um die Höherwertigkeit der Abfallverwertung sicherzustellen und nicht geeignete/nicht zugelassene umweltgefährdende Abfallchargen von der Behandlung auszuschließen. Die Festlegungen zur Vorlage der Abfallanalytik zur Beurteilung der Abfälle sowie die Probenahme zur Durchführung der Untersuchungen anhand der Deklarations- und Identifikationskontrolle und die rezeptgesteuerte Dosierung der Abfalleingangsströme wurden antragsgemäß genannt.

NB 3.5:

Die Überlassungspflichten ergeben sich aus § 17 KrWG für Erzeuger und Besitzer von Abfällen zur Beseitigung und deren Überlassung der Abfälle an den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger aufgrund überwiegender der öffentlichen Interessen.

NB 3.10 bis NB 3.16:

Die Anforderungen zur Güteüberwachung und zum Nachweis der Eignung der hergestellten EBS- Abfälle als Brennstoffe, Ersatzbrennstoffe, brennbaren Abfälle ergeben sich anhand der Annahmebedingungen zur Brennstoffspezifikation und den Vorgaben und Kriterien nach geltendem Genehmigungsbescheid der energetischen/thermischen Verwerter.

Die Bestimmung der Parameter und Analysenwerte sind nach anerkannten Untersuchungsverfahren von einem akkreditierten Labor durchzuführen.

Die Probenahme für die Durchführung der Untersuchungen sind in Anlehnung an LAGA PN 98-Richtlinie vorzunehmen.

Die Probenahme aus dem laufenden Outputmaterialstrom einschließlich der Gewinnung der Einzel-, Misch- und Rückstellproben nach LAGA PN 98-Richtlinie sind von Personen durchzuführen, die für deren Durchführung über die erforderliche Fachkunde verfügen.

Das Erfordernis zur getrennten Zwischenlagerung der beprobten Chargen bis zur Vorlage des Analysenergebnisses ist zur Qualitätssicherung in der Abgabe zu gewährleisten und eine Vermischung anwenderbezogen auszuschließen.

NB 3.17 und NB 3.18:

Für die Nachweisführung zur Annahme und Abgabe gefährlicher Abfälle gelten gemäß § 50

Abs. 1 KrWG die Nachweispflichten i. V. m. §§ 3, 9, 10 und/oder 12 NachwV sowie zur Freistellung und Privilegierung der § 7 NachwV. Die Formblätter werden nach Anhang 1 der NachwV elektronisch über die zentrale Knotenstelle (ZKS) den zuständigen Behörden elektronisch angezeigt.

Für das BBZ als Entsorgungsanlage (Abfallentsorger/ -erzeuger) ist die untere Abfallbehörde das LRA LKL, Umweltamt gemäß § 2 Abs. 1 Nummer 11 ABoZuVO zuständig.

NB 3.19:

Die Festlegungen zu Registerpflichten der Abfälle (Eingänge/Ausgänge) für die Anlage ergeben sich aus den Anforderungen des § 49 Abs. 1, 2 und 3 KrWG für Betreiber von Anlagen, die Abfälle in einem Verfahren nach Anlage 1 und/oder nach Anlage 2 (Entsorger von Abfällen) entsorgen. Die Einrichtung, Führung und Einstellung der Nachweise und Register für nachweis- und registrierpflichtige Abfälle, die in Register eingestellt werden, ergibt sich aus §§ 24 und 25 NachwV.

NB 3.20:

Es besteht das Recht und die Pflicht alle anfallenden Abfälle den Entsorgungseinrichtungen des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Westsachsen gemäß § 6 - Anschluss- und Benutzungszwang - der Abfallwirtschaftssatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Westsachsen anzudienen, sofern diese nicht nach § 7 - Ausschluss von der Entsorgungspflicht - von der Annahme ausgeschlossen sind.

4. Baurecht/Brandschutz:

Die brandschutz- und baurechtlichen Nebenbestimmungen und Hinweise aus der Zulassung zum vorzeitigen Beginn gelten fort, sofern sie noch nicht erfüllt wurden oder dauerhaft auch während des Betriebes zu beachten sind.

5. Arbeitsschutz:

NB 5.1

Die Nebenbestimmung zu den Arbeitsmitteln begründet sich auf §§ 5, 6, 14 BetrSichV.

NB 5.2:

Die Nebenbestimmung zur Raumluft in der Halle beruht auf §§ 8-10 GefStoffV und TRGS 900.

NB 5.3 und 5.4:

Die arbeitsschutzgerechte Ausstattung der Radlader ist eine Forderung aus DGUV Information 201-004 sowie § 8 GefStoffV.

NB 5.5:

Die Nebenbestimmung beruht auf ArbStättV, Anhang Nr. 2.1.

NB 5.6:

Die Forderungen zum Lärmschutz am Arbeitsplatz begründen sich auf § 3a Abs. 1 und Anhang Nr. 3.7 ArbStättV und § 8 Lärm-VibrationsArbSchV.

NB 5.7:

Der Umgang mit Fahrzeugen ist in der DGUV Vorschrift 70 geregelt.

NB 5.8 bis 5.11:

Der Umgang mit gefährlichen Abfällen, die der GefStoffV unterliegen ist in den §§ 8-12 und 14-16 GefStoffV sowie der TRGS 910 geregelt.

NB 5.12:

Der Einsatz von Dieselfahrzeugen in der Halle unterliegt § 8 GefStoffV und der TRGS 554.

NB 5.13:

Die Erstellung von Gefährdungsbeurteilungen und Betriebsanweisungen regelt sich nach §§ 5, 6 ArbSchG, § 3 ArbStättV, § 3 BetrSichV und §§ 6, 7 GefStoffV.

Die immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Abfallbehandlungsanlage genügt im bestimmungsgemäßen Betrieb den Anforderungen des § 5 Abs. 1 BImSchG. Die Pflichten des § 5 Abs. 1 Nr. 3 BImSchG zur Vermeidung von Abfällen, Verwertung nicht zu vermei-
dender Abfälle und zur Beseitigung nicht zu verwertender Abfälle ohne Beeinträchtigung
des Wohls der Allgemeinheit nach Maßgabe der Antragsunterlagen werden erfüllt. Die
Erfüllung der Pflichten nach einer Betriebseinstellung i.S. § 5 Abs. 3 BImSchG ist sicher
gestellt. Zusammenfassend wird ein hohes Schutzniveau für die Umwelt gewährleistet.
Damit sind die Genehmigungsvoraussetzungen gem. § 6 BImSchG erfüllt.

Die Genehmigung war zu erteilen.

V. Kostenentscheidung

Die Gebühren betragen 5.789,70 €. Die Auslagen betragen 2,16 €.

Die Gesamtkosten von **5.791,86 €** werden mit Bekanntgabe des Bescheides fällig und sind unter Verwendung des Buchungskennzeichens **080000254-1331-0042015** auf das Konto des Landkreises Leipzig bei der Sparkasse Leipzig, IBAN: **DE40860555921100891095**, BIC: **WELADE8L**, bis zum **30.11.2015** zu entrichten.

Berechnung:

Die Kostenentscheidung beruht auf §§ 1 und 6 SächsVwKG sowie auf Tarifstelle 55, lfd. Nr. 1.3.3 i.V.m. Anmerkung 7 des Anhangs zum 9. SächsKVZ. Es wurden die Gesamtkosten von **1.490.000 €** herangezogen.

$4.475 + (0,2 \% \times (1.490.000 - 511.000 = 979.000) = 1.958) = 6.433 - 10 \% = \underline{\underline{5.789,70 \text{ €}}}$
Die Auslagen entsprechen den Kosten der Zustellungsurkunde in Höhe von 2,16 €.

VI. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift beim

Landratsamt Landkreis Leipzig, Stauffenbergstr. 4, 04552 Borna

Widerspruch eingelegt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Kurnot
Sachgebietsleiterin



Anlagen: 2 Antragsordner (gestempelt)

Anhang

VII. Anhang

1. Verzeichnis der Rechtsgrundlagen

Abfallwirtschaftssatzung	Satzung des Landkreises Leipzig über die Vermeidung, Verminderung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen, Beschlussdatum: 09.10.2013, Beschluss Nr.: BV-2013/088 2013/088
ABoZuVO	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Land-wirtschaft über Zuständigkeiten bei der Durchführung abfallrechtlicher und bodenschutzrechtlicher Vorschriften vom 26. Juni 2008 (SächsGVBl. S. 457), geändert durch Artikel 18 ÄndVO vom 11. Dezember 2012 (SächsGVBl. S. 753)
AGImSchG	Ausführungsgesetz zum Bundes-Immissionsschutzgesetz und zum Benzinbleigesetz vom 4. Juli 1994 (SächsGVBl. S. 1281), geändert durch Artikel 53 des Gesetzes vom 27. Januar 2012 (SächsGVBl. S. 130)
AltholzV	Verordnung über Anforderungen an die Verwertung und Beseitigung von Altholz (Altholzverordnung) vom 15. August 2002 (BGBl. I S. 3302), geändert durch Artikel 5 Absatz 26 des Gesetzes vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212)
ArbSchG	Gesetz über die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit (Arbeitsschutzgesetz) vom 7. August 1996 (BGBl. I S. 1246), geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 19. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3836)
ArbStättV	Verordnung über Arbeitsstätten (Arbeitsstättenverordnung) vom 12. August 2004 (BGBl. I S. 2179), geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 19. Juli 2010 (BGBl. I S. 960)
AVV	Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfallverzeichnis-Verordnung) vom 10. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3379), geändert durch Artikel 5 Absatz 22 des Gesetzes vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212)
BBodSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanie-rung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), geändert durch Artikel 5 Absatz 30 des Gesetzes vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212) bzw. § 10 Abs. 2 Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz (SächsABG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 1999 (SächsGVBl. S. 261), geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 6. Juni 2013 (SächsGVBl. S. 451)
BetrSichV	Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Verwendung von Arbeitsmitteln (Betriebssicherheitsverordnung) vom 3. Februar 2015 (BGBl. I S. 49), geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 13. Juli 2015 (BGBl. I S. 1187)

BImSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. November 2014 (BGBl. I S. 1740)
DIN EN 15259	Luftbeschaffenheit – Messung von Emissionen aus stationären Quellen, Anforderungen an Messstrecken und Messplätze und an die Messaufgabe, den Messplan und den Messbericht – Ausgabe Januar 2008
GefStoffV	Verordnung zum Schutz vor Gefahrstoffen (Gefahrstoffverordnung) vom 26. November 2010 (BGBl. I S. 1643, 1644), geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 3. Februar 2015 (BGBl. I S. 49)
DGUV Information 201-004	<u>Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung</u> - Spitzenverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften und der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand bisher: BGI 581, „Fahrerkabinen mit Anlagen zur Atemluftversorgung auf Erdbaumaschinen und Spezialmaschinen des Tiefbaues, zu beziehen bei der Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft (BG BAU)
DGUV Vorschrift 70	Unfallverhütungsvorschrift „Fahrzeuge“ (bisher: BGV D29) (s.o.)
IED-Richtlinie	Richtlinie 2010/75/EU Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) - Industrieemissionsrichtlinie (Neufassung), (ABl. EU Nr. L 334, S. 17)
Kampfmittelverordnung	Polizeiverordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Verhütung von Schäden durch Kampfmittel vom 2. März 2009 (GVBl. Nr. 4 vom 3. März 2009 S. 118)
KAS-25	KOMMISSION FÜR ANLAGENSICHERHEIT beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Leitfaden - Einstufung von Abfällen gemäß Anhang I der Störfall-Verordnung - im Oktober 2012 von der KAS verabschiedet
KrWG	Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz) vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212), geändert durch § 44 Absatz 4 des Gesetzes vom 22. Mai 2013 (BGBl. I S. 1324)
LärmVibrationsArbSchV	Verordnung zum Schutz der Beschäftigten vor Gefährdungen durch Lärm und Vibrationen (Lärm- und Vibrations- Arbeitsschutzverordnung) vom 6. März 2007 (BGBl. I S. 261), geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 19. Juli 2010 (BGBl. I S. 960)

LAGA PN 98	Richtlinie für das Vorgehen bei physikalischen, chemischen und biologischen Untersuchungen im Zusammenhang mit der Verwertung/Beseitigung von Abfällen, Stand: Dezember 2001
NachwV	Verordnung über die Nachweisführung bei der Entsorgung von Abfällen (Nachweisverordnung) vom 20. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2298), geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 5. Dezember 2013 (BGBl. I S. 4043)
SächsBO	Sächsische Bauordnung vom 28. Mai 2004 (SächsGVBl. S. 200), geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 2. April 2014 (SächsGVBl. S. 238)
SächsLKrO	Landkreisordnung für den Freistaat Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 2014 (SächsGVBl. S. 180)
SächsVwKG	Verwaltungskostengesetz des Freistaates Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. September 2003 (SächsGVBl. S. 698), geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 16. Januar 2013 (SächsGVBl. S. 2)
TA Lärm	Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm) vom 26. August 1998 (GMBI Nr. 26/1998 S. 503)
TA Luft	Erste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutz-gesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft) vom 24. Juli 2002 (GMBI. S. 511)
TRGS 554	<u>Technische Regeln Gefahrstoffe</u> : Abgase von Dieselmotoren (TRGS 554), Ausgabe: Oktober 2008, <i>berichtigt: GMBI Nr. 28 2009, S. 604-605</i>
TRGS 900	Arbeitsplatzgrenzwerte – Ausgabe Januar 2006 (BArbBl. 1/2006 S. 41 – 55), geändert am 2. März 2015 (GMBI. Nr. 7 2015 S. 139 – 140)
TRGS 910	Risikobezogenes Maßnahmenkonzept für Tätigkeiten mit krebserzeugenden Gefahrstoffen (TRGS 910), Ausgabe: Februar 2014 (GMBI Nr. 12 2014, S. 258-270), <i>Geändert und ergänzt: GMBI Nr. 64, 2014, S. 1313, berichtigt: GMBI Nr. 74, 2014, S. 1545</i>
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749)
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749)
VwV Kampfmittelbeseitigung	Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Beseitigung von Kampfmitteln vom 7. März 2000 (SächsABl. S. 836)

WHG	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. November 2014 (BGBl. I S. 1724)
4. BImSchV	Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen) vom 2. Mai 2013 (BGBl. I S. 973, 3756), geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 28. April 2015 (BGBl. I S. 670)
9. BImSchV	Neunte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über das Genehmigungsverfahren) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), geändert durch Artikel 5 der Verordnung vom 28. April 2015 (BGBl. I S. 670)
9. SächsKVZ	Neunte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über die Bestimmung der Verwaltungsgebühren und Auslagen (Neuntes Sächsisches Kostenverzeichnis) vom 21. September 2011 (SächsGVBl. S. 410), geändert durch Verordnung vom 3. März 2014 (SächsGVBl. S. 100)
12. BImSchV	Zwölfte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Störfall-Verordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Juni 2005 (BGBl. I S. 1598), geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 14. August 2013 (BGBl. I S. 3230)

2. Verzeichnis der Antragsunterlagen:

Nr.	Inhalt Ordner I	Seiten
0.	Anschreiben/Antrag auf 2. Teilgenehmigung vom 28.04.2015	1
	Deckblatt	1
	Inhaltverzeichnis*	4
	Anlagenverzeichnis	1
1.	Antrag / Allgemeine Angaben	
1.1	Veranlassung und Überblick*	}
1.2	Verfahren	
1.3	Standort und Umgebung des Anlagenkomplexes	} 4
1.4	Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse	}
Formblätter:		
	Fbl. 1.0 Verzeichnis der Antragsunterlagen	3
	Fbl. 1.1 Allgemeine Angaben*	5
	Fbl. 1.2 Genehmigungsbestand der Anlage*	3
Anlagen:		
	01 Handelsregistrauszug neu vom 30.12.14	3

Nr.	Inhalt Ordner I	Seiten
	02 Antrag nach § 16 Absatz 2 BImSchG	2
	03 Antrag gemäß § 8a BImSchG	2
	04 Topografische Karte	2
	05 Luftbild	2
	06 Liegenschaftskatasterauszug	4
2.	Anlagen-, Verfahrens- und Betriebsbeschreibung*	
2.1	Art und Umfang des vorhandenen Anlagenbetriebes	}
2.2	Antragsgegenstand zur Änderung der Anlage	
2.3	Art und Umfang der Änderungen	
2.3.1	Errichtung und Betrieb einer Anlage zur Herstellung von Ersatzbrennstoffen	
	a) flächenbezogene Einordnung der Anlage im Unternehmensbereich	
	b) Anliegen und Ziel der Anlage	
	c) Anlagenstruktur	
	d) technische Einrichtungen / Anlagenteile	
	e) Lagerbereiche	
	f) Verfahren der EBS - Herstellung	
	g) Parameter der EBS - Anlage	
2.3.2	Anpassung der mikrobiologischen Behandlungsanlage	
2.3.3	Endgültige Stilllegung und Entfemung der Bodenwaschanlage	} 26
2.3.4	Formale Entfernung der Immobilisierungsanlage aus der Anlagenstruktur	
2.3.5	Neuausrichtung der Betriebseinheit „Behandlung Abfallgemische – Konditionierung/ Homogenisierung"	
2.3.6	Neuordnung der Betriebseinheiten des Bodenbehandlungszentrums nach der Anlagenänderung	
2.3.7	Neuaufteilung des Anlagendurchsatzes und der Lagerkapazität für den geänderten Anlagenbetrieb - Überblick	
2.4	Technische Ausrüstungen für den innerbetrieblichen Transport	
2.5	Festlegungen gemäß des öffentlich - rechtlichen Vertrages	}
	Formblätter:	
	2.1 Betriebseinheiten	1
	2.2/1 Apparatelite	1
	2.2/2 Apparatelite	1
	Anlagen:	
	07 Übersichtsplan des Bodenbehandlungszentrums / Ist-Zustand 2015	2

Nr.	Inhalt Ordner I	Seiten
	08 Übersichtsplan des Bodenbehandlungszentrums / Zustand nach Änderung	2
	09 Lageplan der EBS - Anlage	3
	10 Detailplan 1 der EBS - Anlage (Abfallzerkleinerer ZTLL)	2
	11 Detailplan 2 der EBS - Anlage (Scheibenseperator)	2
	12 Detailplan 3 der EBS - Anlage (Doseure mit Sammelband)	2
	13 Detailplan 4 der EBS - Anlage (Staubsilos)	2
	14 Detailplan 5 der EBS - Anlage (Mischergruppe CMX 300)	2
	15 Detailplan 6 der EBS - Anlage (Steuercontainer mit Einzelkomponenten)	3
	16 Detailplan (Gesamtübersicht) der EBS - Anlage	2
	17 Schema zum Verfahrensablauf der EBS - Herstellung*	2
	18 Verfahrensflißbild der EBS - Anlage*	2
3.	Stoffe, Stoffmengen, Stoffdaten	
3.1	Abfallinput*	}
3.2	Abfalloutput	} 4
Formblätter:		
	3.1/1 Art und Jahresmengen der Eingänge*	1
	Anhang zu Fbl. 3.1/1*	2
	3.1/2 Art und Jahresmengen der Ausgänge*	1
	3.1/3 Art und Jahresmengen der Zwischenprodukte	1
	3.2 Stoffidentifikation*	6
Anlagen:		
	19 Abfallinputkatalog des Bodenbehandlungszentrums nach der Änderung*	5
	Anlage bzgl. KAS-25	1
4.	Emissionen / Immissionen / Vorsorgemaßnahmen	
4.1	Luftschadstoffe / Staub*	}
4.2	Geruchsemissionen	
4.3	Lärmemissionen*	} 9
4.4	Lichtemissionen / Erschütterungen	}
Formblätter:		
	4.1/1 Emissionsquellen der gesamten Anlage	1
	4.1/2 Betriebsablauf und Emissionen	1
	4.2 Abgas-und Abluftreinigung	2
	4.3/1 Schallquellen	1

Nr.	Inhalt Ordner I	Seiten
	4.3/2 Angaben zum Standort der Anlage und zur Umgebung	1
	4.4 Geräuschemissionen	1
Anlagen:		
	20 Überschlägige Lärmprognose	4
5.	Abfallvermeidung und Abfallverwertung/-beseitigung	
5.1	Abfall Vermeidung	} 1
5.2	Abfallverwertung	}
Formblätter:		
	5.1 Abfall- und Abwasserströme	1
	5.2 Abfallart und -Zusammensetzung	1
	5.3 Verwertung / Beseitigung des Abfalls	1
	5.4 Annahmeerklärung	1
Anlagen:		
	21 Annahmeerklärungen*	20
6.	Wasser / Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	
6.1	Abwasserentsorgung	} 3
6.2	Wassergefährdende Stoffe*	}
Formblätter:		
	6.1/1 Beschreibung des Abwasserabfalls	1
	6.2/1 Auflistung der Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	3
	6.2/2 Anlage zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	8
7.	Anlagensicherheit	
7.1	Allgemeines	}
7.2	Anlagensicherheit*	
7.3	Arbeitsschutz	} 4
7.4	Brandschutz 51	}
Formblätter:		
	7.1/1 Anwendung der Störfallverordnung	6
	7.1/2 Stoffe nach Störfallverordnung*	1
	7.1/3 Entscheidung über die Anwendung der Störfallverordnung*	1
	7.1/4 Entscheidung über die Anwendung der Störfallverordnung *	1
	7.1/6 Anwendung der Störfallverordnung - Domino-Effekt	1

Nr.	Inhalt Ordner I	Seiten
	7.1/7 Stoffe nach Störfallverordnung	1
	7.2 Arbeitsstättenverordnung	4
	7.3 Gefahrstoffverordnung, Produktsicherheitsgesetz	2
	7.6 Brandschutz für das Gebäude -/ Anlagenteil	4
8.	Eingriffe in Natur und Landschaft	
8.1	Beschreibung des Ist - Zustandes	}
8.2	Beschreibung der mit dem Vorhaben verbundenen Auswirkungen auf Natur und Landschaft	} 3
8.3	Maßnahmen in Hinblick auf Natur und Landschaft	}
9.	Energieeffizienz	1
10.	Bauantrag / Bauvorlagen **	
10.1	Bauantragsunterlagen	} 1
10.2	Standorterschließung	}
Anlagen:		
	22 Genehmigungsplanung Bauantrag Neubau Halle	65
11.	Unterlagen für weitere nach § 13 BImSchG zu bündelnde Genehmigungen und behördliche Entscheidungen	1
12.	Maßnahmen nach einer Betriebseinstellung	
12.1	Maßnahmen	}
12.2	Sicherheitsleistungen	} 2
13.	Umweltverträglichkeitsprüfung	1

Anm.: Es wurden die Deckblätter mit gezählt.
*) Nachlieferungen wurden eingearbeitet/ergänzt.
**) Es wurde zusätzlich ein Ordner II mit Statik/Prüfstatik eingereicht

Nachgelieferte Unterlagen:

- *Änderungen/Ergänzungen mit Schreiben vom 08.06.2015 (eingearbeitet):*
 - Pkt. 1, S. 1 (Stand: 05.06.2015)
 - Form.1.1 Bl.3,
 - Pkt. 2.2, S. 7 (Stand: 05.06.2015)
 - Form. 1.2 (Stand: 05.06.2015)

- Pkt. 2.3, S. 19, 19a, 19b (Stand: 05.06.2015)
- Pkt. 2.3, S. 22 (Stand: 05.06.2015)
- Pkt. 2.3, S. 20, 23 (Stand: 05.06.2015)
- Pkt. 4.1, S. 29, 29a (Stand: 05.06.2015)
- Pkt. 4.2, S. 32 (Stand: 05.06.2015)
- Pkt. 7.2, S. 41, Form. 7.1/2, 7.1/3, 7.1/4 (Stand: 05.06.2015)

- *Änderungen/Ergänzungen mit Schreiben vom 02.07.2015 (eingearbeitet):*

- Form.1.1 Bl. 3 (Stand: 03.07.2015)
- Pkt. 2.2, S. 7 (Stand: 02.07.2015)
- Pkt. 6, S. 38 (Stand: 02.07.2015)
- Anlage zum Abfallinput (Stand: 03.07.2015)
- Pkt. 7, S. 41 (Stand: 02.07.2015)
- Form. 7.1/2, 7.1/3, 7.1/4 (Stand: 02.07.2015)

- *E-Mail vom 19.08.2015 (eingearbeitet):*

- Form. 4.1/1, 4.1/2, 4.2 Bl. 1 u. 2 (Stand: 19.08.2015)

Nr.	Inhalt Ordner II	Seiten
	Prüfbericht Nr. 1 (Prüf-Nr. 036-15) vom 26.02.2015	191
	Prüfbericht Nr. 2 (Prüf-Nr. 036-15) vom 13.04.2015	33